Sitzung vom 20. Juni 2017

Beschl. Nr. **2017-160**

B3.1.1 Allgemeine und komplexe Akten, generelle Organisation, Konstituierung
Postulat (ex. Motion) betr. Stabilisierung des Finanzhaushaltes der Stadt Adliswil von Daniela Morf, Markus Bürgi und Daniel Frei

Ausgangslage

Am 23. März 2016 wurde dem Stadtrat die Motion von Daniela Morf, Markus Bürgi und Daniel Frei vom 16. März 2016 betreffend der Stabilisierung des Finanzhaushaltes der Stadt Adliswil zugestellt. Die Motionäre beabsichtigen den Stadtrat damit zu beauftragen, zu Handen des Grossen Gemeinderats ein Paket mit Massnahmen zur Stabilisierung des Finanzhaushaltes der Stadt Adliswil zu erarbeiten. Die Massnahmen sollen die städtische Rechnung ab 2019 um insgesamt CHF 2 Mio. entlasten. Einerseits soll die laufende Rechnung (ohne Abschreibung) um CHF 1 Mio. reduziert werden. Andererseits soll die Investitionsrechnung dahingehend angepasst werden, dass die ordentlichen Abschreibungen (nach heutigem Rechnungslegungsstandard) um CHF 1 Mio. tiefer liegen.

Die Motionäre vertraten die Meinung, dass der städtische Finanzhaushalt aus dem Gleichgewicht geraten könnte und der Stadtrat bis anhin keine Massnahmen vorgeschlagen habe, um den Aufwandüberschuss zu reduzieren. Die Motionäre listen in ihrem Vorstoss Bereiche auf, in denen sie möglichen Handlungsspielraum sehen.

Mit SRB 2016-150 lehnte der Stadtrat die Motion als unzulässig ab. Der Grosse Gemeinderat würde mit dem Instrument „Motion“ direkten Einfluss auf den Prozess der Erstellung des Voranschlags (und des Finanzplans) nehmen. Der Stadtrat wäre nicht mehr frei in der Erarbeitung des Entwurfs und müsste gegebenenfalls ein Budget verabschieden, das entweder ganz oder in Teilen nicht seiner Beurteilung und seinem Willen entspreche. Der Stadtrat war hingegen bereit, den parlamentarischen Vorstoss in Form eines Postulats entgegenzunehmen und seine Leistungserbringung auf mögliches Sparpotential zu überprüfen.

Die Motion wurde von der Motionärin in ein Postulat umgewandelt und mit Beschluss vom Grossen Gemeinderat vom 6. Juli 2016 an den Stadtrat überwiesen.

Erwägungen

Die Stadtverwaltung Adliswil wird wirkungsorientiert geführt. Der Grosse Gemeinderat bestimmt innerhalb der gesetzlichen Vorgaben von Bund und Kanton, welche Ziele der Stadtrat verwirklichen soll und welche finanziellen Mittel dafür eingesetzt werden. Der Stadtrat ist gegenüber dem GGR und dem Stimmvolk verantwortlich, dass die vorgegebenen Ziele mit den zur Verfügung stehenden Mittel erfüllt werden. Der Leistungserbringer ist die Stadtverwaltung, welche die Leistungen gemäss den Vorgaben des Stadtrats erbringt.

Mit der Festsetzung der Ziele je Produkt konkretisiert der GGR den Grundauftrag und bestimmt die Stossrichtung der Verwaltungstätigkeit. Er fordert damit eine operative Leistung, die durch die Verwaltung erbracht werden muss. I.d.R. entstehen dadurch Kosten.

Das Wirkungsmodell „Globalbudget“ verkörpert eine Leistungsvereinbarung zwischen dem Grossen Gemeinderat und dem Stadtrat.

In der neuen Berichterstattung zum Budget und zur Rechnung werden alle Leistungen, die der Stadtrat zur Zielerreichung festgelegt hat, je Produkt aufgelistet. Es wird zwischen

- direkt steuerbaren
- eingeschränkt steuerbaren
- nicht steuerbaren

Leistungen unterschieden. Auf „nicht steuerbare“ Leistungen kann kein Einfluss genommen werden, weil dafür ein gesetzlicher Auftrag besteht. Direkt bzw. eingeschränkt steuerbare Leistungen können reduziert bzw. gestrichen werden. Es besteht dafür kein bzw. nur teilweise ein gesetzlicher Auftrag für die Erbringung. Werden Leistungen in einem Produkt reduziert, muss vom GGR ggf. die Zielsetzung angepasst werden, weil die Zielerreichung mit den übrig gebliebenen Leistungen fraglich wird.

Massnahmen

Mit dem vorliegenden Postulat wurde der Stadtrat beauftragt, die Leistungen für die vom Grossen Gemeinderat vorgegebenen Ziele auf mögliches Sparpotential zu überprüfen. Um Kosten zu sparen, können einerseits einzelne Leistungen reduziert bzw. abgebaut werden oder andererseits, die einzelne Leistungserbringung sparsamer erfolgen.

<u>Reduktion / Abbau von Leistungen</u>

Alle „eingeschränkt steuerbaren“ und „direkt steuerbaren“ Leistungen (siehe Berichterstattung Budget 2017 bspw. S. 21, S. 25, S. 27 etc.) wurden auf deren Notwendigkeit für die Zielerreichung des jeweiligen Produkts überprüft. Diese umfangreiche Untersuchung zeigte, dass alle durch die Stadtverwaltung erbrachten Leistungen für die Zielerreichung notwendig sind. Mit Streichungen bzw. Reduktionen von Leistungen können die Zielvorgaben des Grossen Gemeinderats nicht mehr erfüllt werden.

<u>Leistungserbringung</u>

Die Leistungserbringung wird fortlaufend auf deren Effizienz und Kostenfolgen überprüft. Wo immer möglich, werden Massnahmen ergriffen. Die folgende Auflistung illustriert deutlich das Kostenbewusstsein seitens Stadtverwaltung und zeigt, welche Kosteneffizienzsteigerungen in den letzten Jahren bereits erreicht wurden:

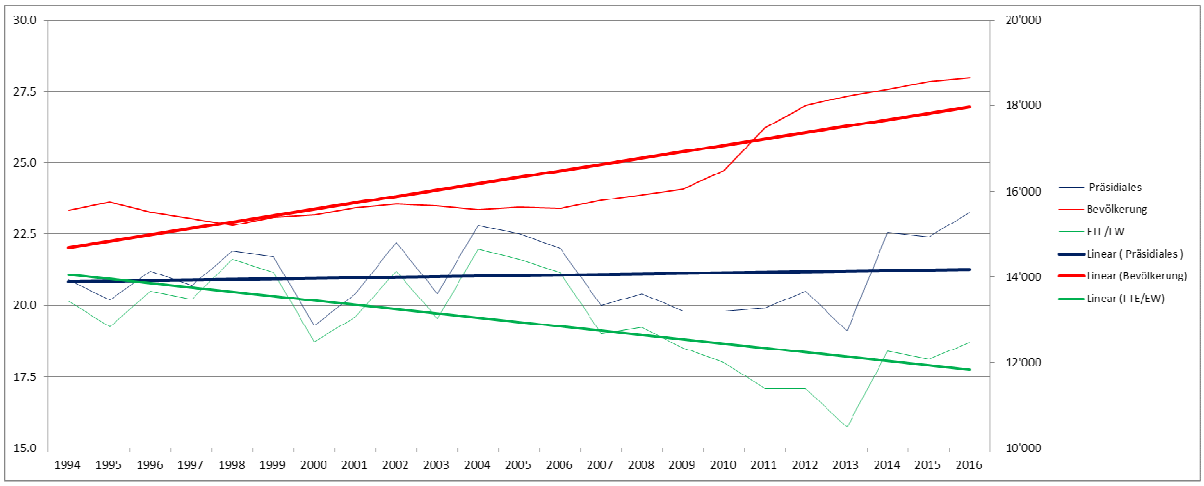
Jahr	Ressort / Aufgabenbereich	Massnahme	Jährliche Minderkosten in CHF	Jährliche Mehrerträge in CHF
2008	Werkbetriebe / Landwirtschaft	Wechsel Betrieb Weierweid von reinem Pachtbetrieb in Baurechtbetrieb	- 110‘000.-	
2009	Werkbetriebe / Gas	Outsourcing der Leistungserbringung (inkl. Verkauf der Leitungen) und Spezialfinanzierung der Gasversorgung		+ 1‘090‘000.-
2009	Werkbetriebe / Wasser	Outsourcing der Leistungserbringung und Spezialfinanzierung der Wasserversorgung	- 50‘000.-	
2011	Soziales / Pflegefinanzierung	Einführung der stationären Pflegefinanzierung	- 10‘000.-	
2011	Soziales / Freiwilligen Arbeit	Teilweise Streichung von freiwilligen Beiträgen	- 10‘000.-	
2014	Präsidiales / Zentrale Dienste	Stellenreduktion infolge Reorganisation	- 65‘000.-	
2015	Finanzen / Liegenschaften	Stellenreduktion im Bereich der Bewirtschaftung (- CHF 40'000.-) und Steigerung des Bewirtschaftungs-volumens bzw. der Serviceleistungen (- CHF 70'000.-) ohne Erhöhung des Personalbestands	- 110‘000.-	
2015	Sicherheit + Gesundheit / Hallenbad	Gebührenerhöhung		+ 70‘000.-
2016	Sicherheit + Gesundheit / Abfall	Beitritt Zweckverband für Abfallverwertung im Bezirk Horgen	- 25‘000.-	
2016	Sicherheit + Gesundheit / Zivilschutz	Beitritt Zweckverband Zivilschutz Zimmerberg ZVZZ und Abbau interner diesbezüglicher Stellen	- 10'000.-	
2016	Soziales / Kinderhaus	Stellenreduktion	- 90‘000.-	
2016	Bildung / Musikschule	Erhöhung der Tarife		+ 110'000.-
2016	Bildung / Schulergänzende Betreuung	Reduktion des Grenzbetrags der Subventionen (inkl. Berücksichtigung des erhöhten Betreuungsbedarfs)		+ 300'000.-
2017	Sicherheit + Gesundheit / Lebensmittelkontrolle	Auslagerung der Lebensmittelkontrolle an die Stadt Zürich	- 30‘000.-	

Wesentliche Kostentreiber sind die personellen Ressourcen. Immer wieder sind die Personalkosten bzw. Stellenerhöhungen ein Thema. Die folgenden Grafiken zeigen, dass sich die Personalbestandsentwicklung meist unterproportional zur Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Adliswil veränderte. Dies obwohl in den letzten Jahren die regulatorischen und gesetzlichen Bestimmungen im Allgemeinen stark angestiegen und die Aufgaben dadurch deutlich anspruchsvoller geworden sind.

Je Ressort wird auf den Folgeseiten die Personalbestandsentwicklung dargestellt. Die Primäre Y-Achse stellt die Vollzeitäquivalente (FTE) dar, die sekundäre die Einwohnerzahl.

Die grüne Trendlinie stellt jeweils das Verhältnis FTE/EinwohnerInnen dar. Steigt sie, war der Personalanstieg überproportional gegenüber der Entwicklung der Einwohnerzahl, sinkt sie, war sie unterproportional. Einerseits erläutern die Begründungen unterhalb der Grafiken die Veränderungen, andererseits geben Detailgrafiken zu einzelnen Abteilungen zusätzlichen Einblick.

Ressort Präsidiales



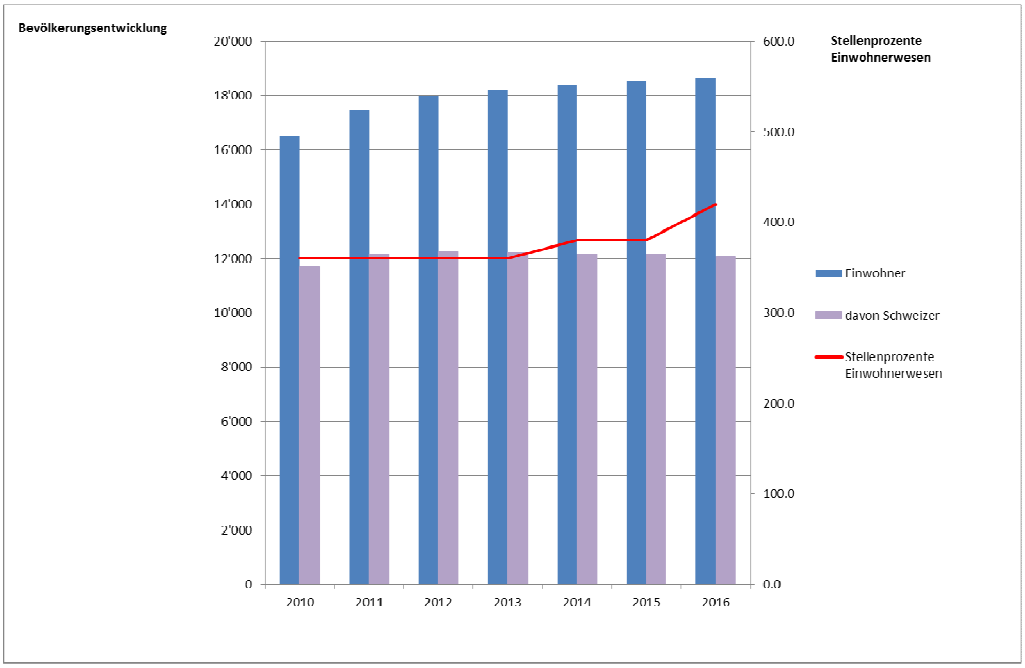
Die Personalbestandsentwicklung im Ressort Präsidiales verläuft unterproportional. D.h. der Mehraufwand, i.d.R. verursacht durch den Bevölkerungsanstieg, konnte mit praktisch gleich viel Personal aufgefangen werden. Teilweise wurden die Stellenprozente trotz erhöhter Arbeitsbelastung reduziert.

Im Einwohnerwesen wurde der Stellenetat seit 2013 um 60 Prozent erhöht. Das Einwohnerwesen spürt die steigende Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner in Adliswil deutlich. Im Jahr 2000 wurden ca. 1‘300 Zu- und Wegzüge pro Jahr verarbeitet, heute sind es rund 1‘700. Insbesondere die ansteigenden An-/Abmeldungen von Personen aus Drittstaaten sind sehr arbeitsintensiv. Das kommunale Einwohnerwesen muss im Auftrag des kantonalen Migrationsamts diverse Arbeiten (Abklärungen für Bewilligungen, etc.) durchführen. Personen, mit Aufenthaltsbewilligung B, müssen zudem ein Mal pro Jahr ihre Aufenthaltsbewilligung verlängern lassen. Adliswil verzeichnet sehr viele Personen mit Status B. Insgesamt ist der Ausländeranteil in Adliswil seit dem Jahr 2000 von 23.7% auf 35.3% angestiegen (siehe Detailgrafik).

Ein weiterer Stellenanstieg erfolgte im Betreibungsamt, dies weil der Stv. Betreibungsbeamte, der in Pension ging, noch von der Gemeinde Langnau a. A. angestellt war und von der Stadt Adliswil über Dienstleitungen Dritter verrechnet wurde. Dies rührt noch von der Zeit vor der Fusion der Betreibungsämter her. Der Nachfolger ist nun in Adliswil angestellt, die Anpassung verlieft kostenneutral.

Die zwei folgenden Detailgrafiken geben Einblick ins Einwohner- und Zivilstandswesen. Sie zeigen einerseits das stark ansteigenden Bevölkerungswachstum, insbesondere aus dem Ausland, und die nur gering ansteigenden Stellenprozente im Einwohnerwesen. Andererseits wird ersichtlich, dass im Zivilstandswesen mit weniger Personal deutlich mehr Aufgaben erledigt werden.

Einwohnerwesen



Die Bevölkerung in Adliswil ist seit 2010 um 2'163 Personen angestiegen. Parallel dazu auch der Ausländeranteil von 29.1% auf 35.3%. Insbesondere der steigende Ausländeranteil und die grosse Mobilität der Bevölkerung verursachen im Einwohnerwesen zunehmenden Aufwand.

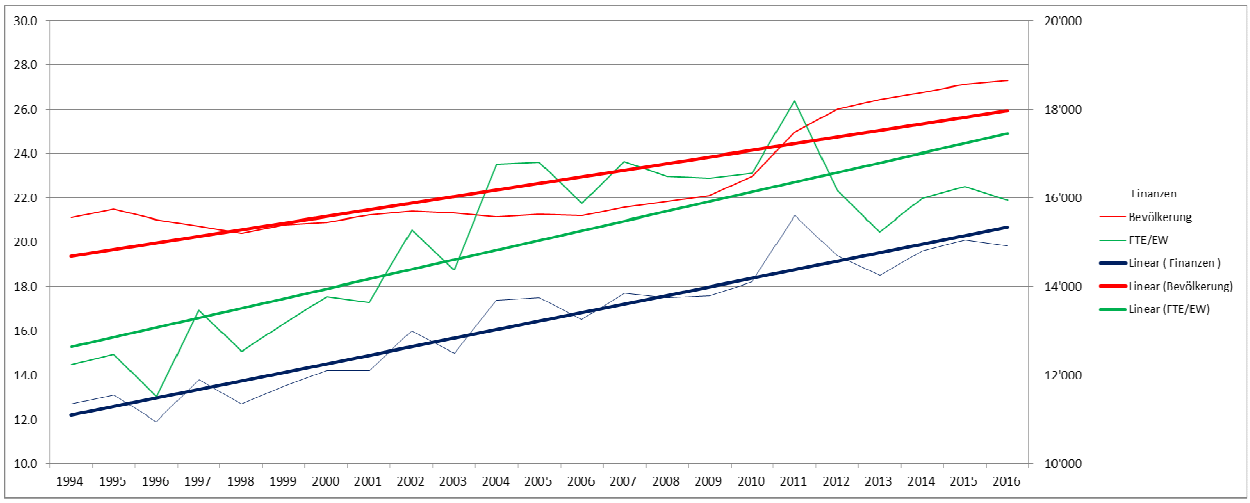
Die Stellenprozente im Einwohnerwesen sind von 360% im 2010 auf 420% im 2016 angestiegen, eine knappe halbe Stelle.

Zivilstandswesen

Die angestiegene Bevölkerungszahl zeigt sich auch im Zivilstands- und Bestattungswesen.

Trotz Anstieg der Geschäfte wurden die Stellenprozente gegenüber 2014 gesenkt.

Ressort Finanzen



Im Ressort Finanzen verläuft die Personalbestandsentwicklung überproportional zur Bevölkerungsentwicklung. Die Zunahmen sind auf folgende Entscheide zurückzuführen:

- Im Jahr 2004 wurde beschlossen, das Kompetenzzentrum Liegenschaften (KZL) einzuführen. Dabei wurde das Stellenetat in der Abteilung Liegenschaften um 250 Stellenprozente erhöht.

- In der Abteilung Steuern wurde im Jahr 2010, aufgrund der anstehenden Bevölkerungsentwicklung, eine Lernende nach Abschluss der Ausbildung zu einem Pensum von 100 % fest angestellt.

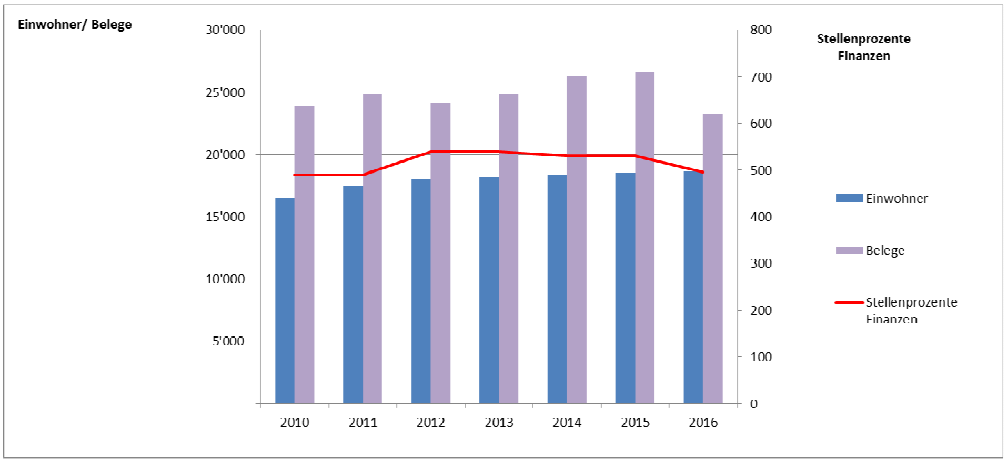
- Das Controlling (50 Stellenprozente) wurde im Jahr 2011 vom Ressort Präsidiales ins Ressort Finanzen verschoben.

- Im Jahr 2014 erfolgte einerseits die Zusammenführung der Abteilungen Liegenschaften der Schule und der Stadt, wobei 140 Stellenprozente ins Ressort Finanzen transferiert wurden. Andererseits wurde die Abteilung Liegenschaften durch einen Entscheid des Stadtrats erweitert, dies um die anstehenden Bauvorhaben (bspw. Schulhaus Dietlimoos, Stadthaus, etc.) bewältigen zu können. Der Stadtrat ist der Meinung, dass mit eigenem Personal die Projekte effizienter und kostengünstiger realisiert werden können. Nach Abschluss der übermässigen Bautätigkeiten wird der Stadtrat die Personalsituation neu beurteilen.

Insgesamt haben sich die zu bewältigenden Aufgaben im Ressort in den letzten Jahren aufgrund der steigenden regulatorischen und gesetzlichen Bestimmungen (Sozialversicherungen, Steuerrecht, Baunormen etc.) erhöht und sind deutlich anspruchsvoller geworden.

Ein Blick in die Abteilungen Steuern und Finanzen / Controlling zeigt, dass bei der Personalentwicklung mit äusserster Zurückhaltung vorgegangen wurde.

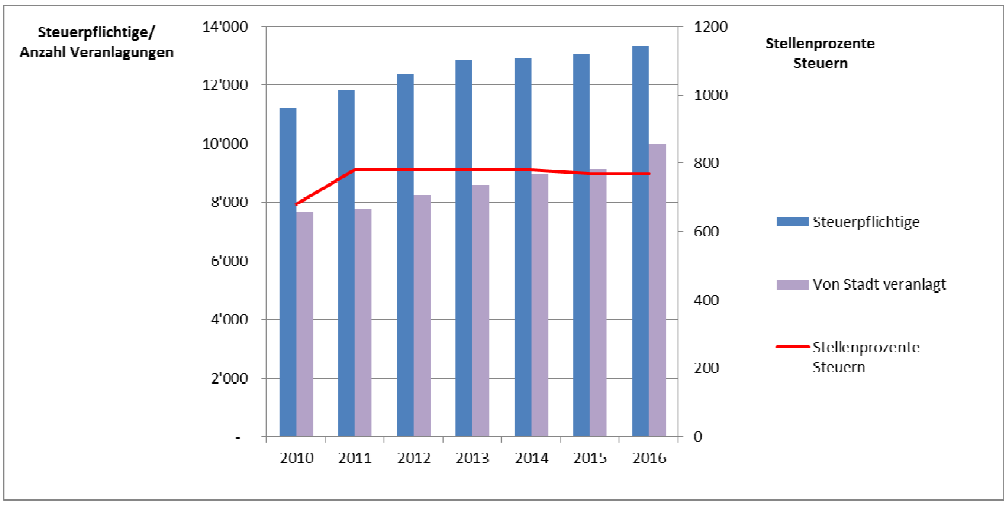
Finanzen und Controlling



Einwohnende in Adliswil und Anzahl Belege erhöhen sich von Jahr zu Jahr.

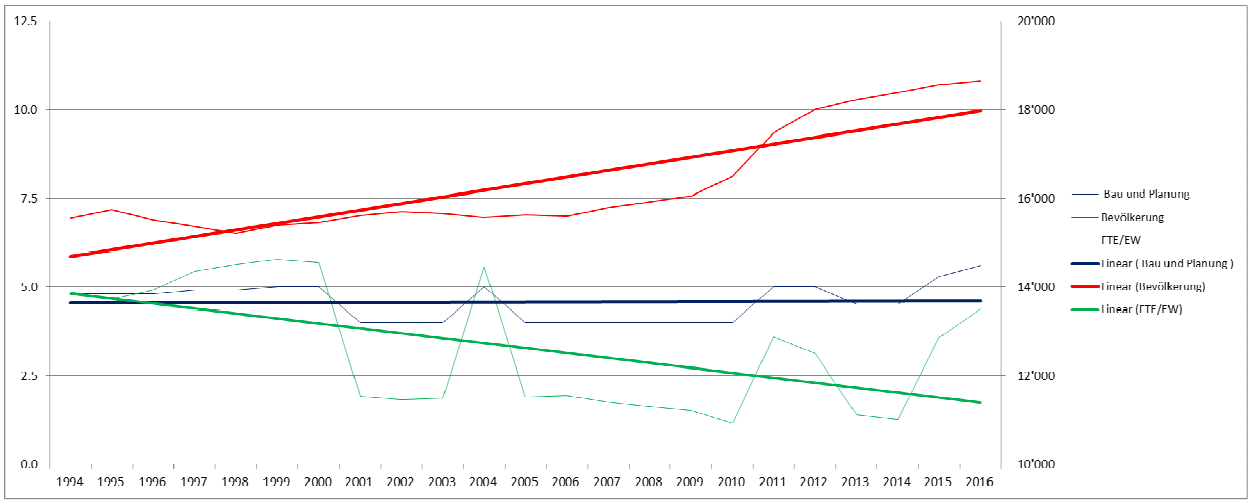
Das Arbeitsvolumen wird heute wieder mit denselben Stellenprozenten bewältigt, wie 2011.

Steuern



Ein Zuwachs von Steuerpflichtigen um 18,8 % wird mit etwas weniger Stellenprozenten bewältigt.

Ressort Bau und Planung



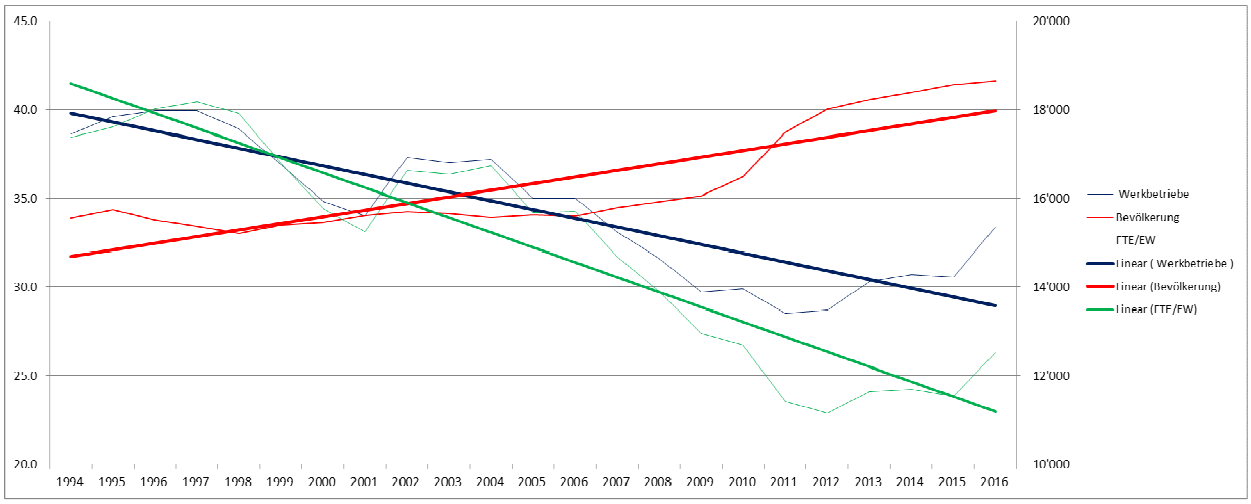
Die Personalbestandsentwicklung im Ressort Bau und Planung verläuft deutlich unterproportional.

Infolge der Bevölkerungsentwicklung haben in der Stadt Adliswil auch die bauliche Dichte und der Geschossflächenbestand zugenommen. Die bauliche Dichte fasst das gebaute Gebäudevolumen in m3 pro ha überbaute Bauzone und ist von 15‘476 m3 im Jahr 2000 auf 18‘716 m3 im Jahr 2015 angestiegen (plus 21 Prozent). Der Geschossflächenbestand in der überbauten Bauzone hat von 1‘104‘946 m2 im Jahr 2000 auf 1‘403‘333 m2 im Jahr 2015 zugenommen (plus 27 Prozent). Im selben Zeitraum ist die Bevölkerung von 15‘458 Einwohnende auf 18‘551 Einwohnende angewachsen (plus 20 Prozent). Demgegenüber hat sich der Stellenetat des Ressorts Bau und Planung moderat von 500 Stellenprozent im Jahr 2000 auf 560 Stellenprozent im Jahr 2016 erhöht (plus 12 Prozent).

In den Jahren 2010 bis 2016 sind die Nettokosten von CHF 462‘431 auf CHF 916‘382 angestiegen. Der Anstieg basiert rund zur Hälfte auf Mindererlösen (Gebühren) und zur Hälfte auf zusätzlichen Personalkosten. Betreffend die Mindererlöse ist eine neue Gebührenverordnung in Erarbeitung, die im 2017 durch den Stadtrat festgesetzt werden soll. Die Mehraufwendungen beim Personal sind auf verschiedene Mehrleistungen zurückzuführen:

- Die dem formellen Baubewilligungsverfahren vorgelagerte Beratertätigkeit beansprucht zunehmend mehr Zeit. So hat diese von 833 Stunden im Jahr 2010 auf 1‘330 Stunden im Jahr 2016 zugenommen.
- Die planungs-, baurechtlichen und gestalterischen Erlasse werden konsequenter umgesetzt und es werden weniger Ausnahmen erteilt. Dies führt zu mehr Überarbeitungen seitens der Gesuchsteller und in der Folge zu höheren Prüfungsaufwendungen.
- Bei planungs- und baurechtlichen Vernehmlassungen wird die Relevanz für die Stadt Adliswil konsequenter geprüft und bei Bedarf werden Stellungnahmen verfasst.
- Das Primat der Innenentwicklung erfordert aufgrund der Vielfalt der Bedürfnisse und Interessen vermehrt informelle kooperative Planungsprozesse mit unterschiedlichen Akteuren.

Ressort Werkbetriebe



Auch im Ressort Werkbetriebe zeigt sich eine deutlich unterproportional verlaufende Personalbestandsentwicklung. Dies obwohl sich die Bevölkerungsentwicklung in diesem Ressort stark auswirkt und dadurch deutlich mehr Aufgaben ausgeführt werden.

Planung Werke

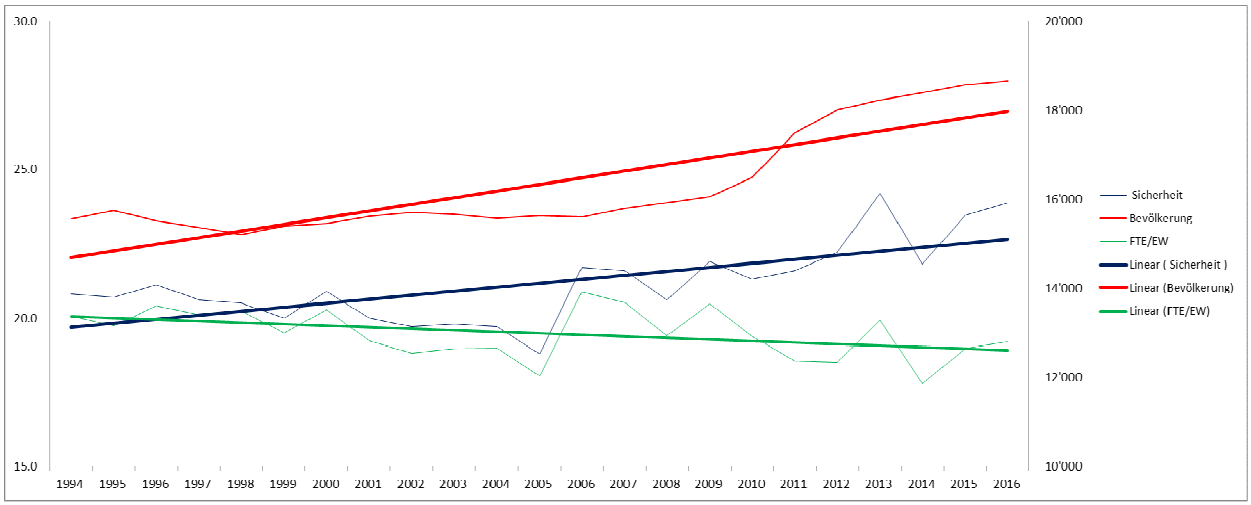
Im Jahr 2000 wurden die ehemaligen Ressorts Tiefbau und Werke zusammengeführt und neu die Abteilung Planung Werke geschaffen. Das Ressort wurde umstrukturiert, bspw. wurde die Gasversorgung verkauft und die Wasserversorgung im Mandat vergeben. Durch die engere Zusammenarbeit aller Abteilungen resultierten Synergiegewinne. Anstehende Vorhaben, wie die Erschliessung neuer Wohngebiete, die Realisierung des Gefahrenkatasters und der Hochwasserschutzkarte, sowie die laufende Umsetzung der Massnahmen daraus zur Erhöhung der Sicherheit im Siedlungsgebiet, konnten angegangen werden. Intensiviert wurden auch die Massnahmen für die Sensibilisierung der Bevölkerung zum ökologischen Energieverbrauch (Energiestadt-Massnahmen). Der Kunstbauten- und der Strassenzustandskataster wurden erarbeitet. Weiter zeigte sich erheblicher Nachholbedarf bei den Infrastruktursanierungen (Strassen, Wasser- und Abwasserleitungen). Realisiert wurde auch flächendeckend Tempo 30.

Unterhalt Tiefbau und Park- und Grünanlagen

Der Anstieg der Bevölkerungszahl in Adliswil zeigt sich hier u.a. im stetigen Anstieg der Abfallmenge und der Anzahl Abfallkübel. Alleine in den letzten 7 Jahren ist der Mehraufwand infolge Littering um rund 50% angestiegen und es kommt vermehrt zu Samstag- und Sonntagarbeit. Als Folge der ausgedehnten Betriebszeiten des ÖV's ist der Winterdienst mittlerweile auch am Wochenende bis Mitternacht sicherzustellen. Die Zahl der Bushaltestellen hat sich in den letzten 10 Jahren von 26 auf 45 erhöht und zusätzliche Strassen- und Grünflächen (bspw. im Dietlimoos) müssen unterhalten werden. Als Massnahme im Hochwasserschutz werden die Sandfänge regelmässig überprüft und ausgebaggert.

Forst und Landwirtschaft
Neben einer Zunahme an stadteigenem Wald- und Naturschutzflächen, der Zunahme von Vorschriften und aufwendigen Bewilligungsverfahren, vor allem für Bachsanierungen, zeigt sich im Forst und in der Landwirtschaft auch das Bevölkerungswachstum in verschiedenen Bereichen. Einerseits benötigt es höheren Aufwand zur Bewirtschaftung des Schutzwalds, wobei berücksichtigt werden muss, dass die siedlungsnahen Wälder auch als Erholungswald genutzt werden. Insgesamt kann festgehalten werden, dass die Interaktion zwischen Forst und Bevölkerung deutlich zugenommen hat, womit es mehr Öffentlichkeitsarbeiten benötigt. Erhöhter Aufwand resultiert infolge diverser Krankheiten der Bäume (Eschentriebsterben, Insektenbefall, Bekämpfung von Neophyten). Im Bereich des Hochwasserschutzes zeigt sich infolge notwendiger Massnahmen aus der Gefahrenkarte ein Mehraufwand im Bachunterhalt. In der Landwirtschaft wurde das Konzept des Erlebnisbauernhofs Tüfi umgesetzt und in der Weierweid der Wechsel vom reinen Pachtbetrieb zum Betrieb im Baurecht mit Pachtland vollzogen, was zu geringeren Investitionen und damit zu erhebliche Kosteneinsparungen führte.

Ressort Sicherheit und Gesundheit



Gesamthaft ist der Personalbestand verglichen mit der Bevölkerungsentwicklung im Ressort Sicherheit und Gesundheit tendenziell abnehmend. Die Stellenprozente der Funktionen aus dem Ressort Jugend und Sport, welche im Jahr 2014 übernommen wurden, sind in der Grafik schon rückwirkend integriert.

Im Jahr 2006 sind die Stellenprozente sichtbar angestiegen, da die Sportanlage Tüfi inkl. Mitarbeitende von der Schule übernommen wurden. Danach sind ein Rückgang im Jahr 2008 und ein Anstieg im Jahr 2009 feststellbar, welche aus einer vorübergehenden Vakanz bei der Stadtpolizei entstanden ist. Später wird im Jahr 2013 der höchste Personalbestand verzeichnet. Dieser resultiert aus der Kombination einer vorzeitigen Neubesetzung einer Stelle bei der Stadtpolizei infolge Pensionierung sowie vielen Einsätzen von Stundenlöhnern im Freibad infolge eines aussergewöhnlich schönen Sommers. Im folgenden Jahr 2014 wurden diese z.T. temporären Entwicklungen wieder korrigiert.

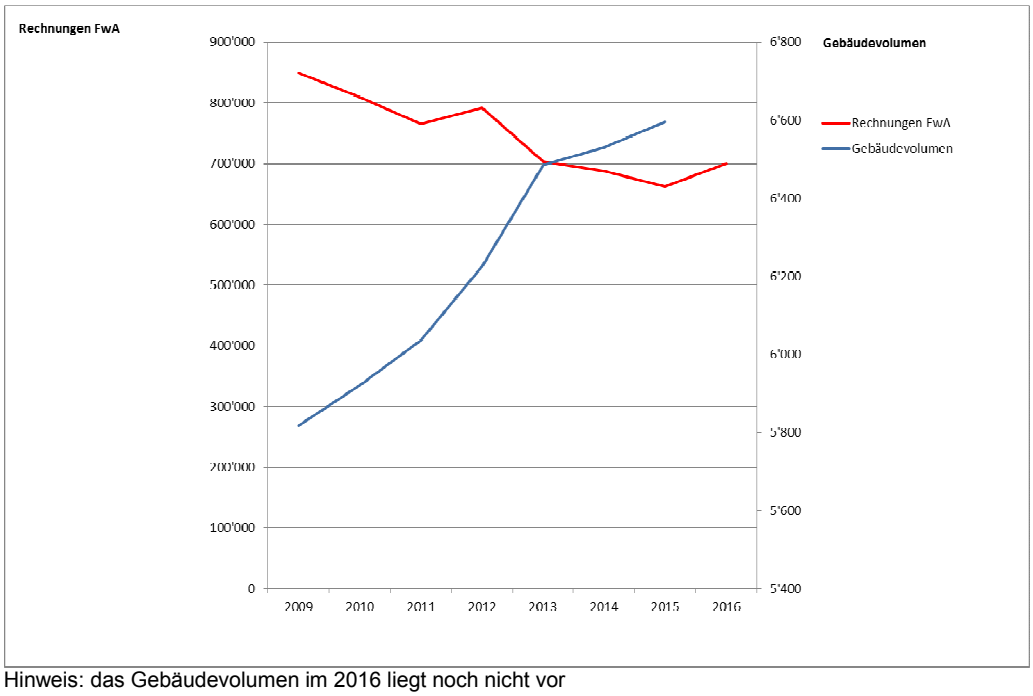
Im Jahr 2015 erfolgt wiederum eine Erhöhung des Personalbestands, weil im Hallen- und Freibad aus Sicherheitsgründen 150 Stellenprozente neu gebildet werden mussten. Hier ist auch zu erwähnen, dass die Öffnungszeiten im Hallen- und Freibad ständig erweitert worden sind (bspw. diejenigen vom Hallenbad von 82h im Jahr 2009 zu heute 92.5h pro Woche).

Der Personalbestand ist im Ressort Sicherheit und Gesundheit zwar etwas gestiegen, neben der Entwicklung der Arbeitslast im Zusammenhang mit der Bevölkerungsentwicklung sind aber auch die Aufgaben und Leistungen des Ressorts ständig ausgebaut worden. Der Schub an Aufgaben im Aussendienst der Stadtpolizei durch die Anbindung an das Funksystem Polycom und das Polizeiinformationssystem POLIS in den Jahren 2009 und 2010 sowie zusätzlicher Aufwand im Innendienst durch gestiegene Anforderungen an die Rapportierung wurde erst spät (2014) durch eine moderate Stellenplanerhöhung ausgeglichen. Die Patrouillenzeiten und die Polizeipräsenz wurden dabei ständig ausgebaut (bspw. die Stunden im Aussendienst von 7‘128h im 2009 auf heute 8‘330 p.a.).

Zwei Detailgrafiken zu den Abteilungen Feuerwehr und Sportunterstützung zeigen einerseits, dass bei der Feuerwehr der Stellenplan konstant gehalten werden konnte, während dem der Gebäudebestand und die Bautätigkeit stetig gestiegen sind (vgl. Grafik), andererseits, dass

ein deutlicher Aufgabenzuwachs mit nur ganz wenig mehr Stellenprozente bewerkstelligt werden kann.

Feuerwehr



Hinweis: das Gebäudevolumen im 2016 liegt noch nicht vor

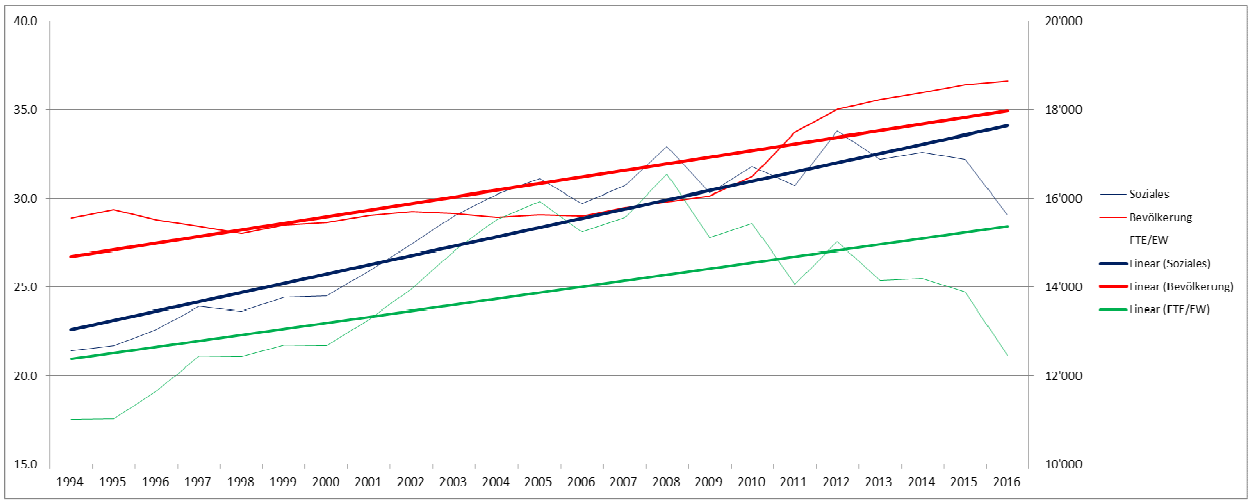
Mehrbelastung der Milizfunktionen der Feuerwehr durch erhöhte Bautätigkeit.

Die Rechnung der Feuerwehr sinkt bei unveränderten Stellenprozenten.

Sportunterstützung

Steigender Aufwand für Projektberatungen (insb. infolge hoher Bautätigkeit bei Schulhäusern) hinsichtlich Sportanlagen und steigende Anz. Schulsportkurse werden mit nur wenig mehr Personalressourcen abgewickelt.

Ressort Soziales



Die Entwicklung des Stellenetats im Ressort Soziales weist die Stellen in den Abteilungen Kinderbetreuung (Kinderhaus Werd), Soziale Aufgaben, Altersfragen, Sozialberatung, Jugendarbeit und bis Ende 2012 Vormundschaftswesen aus. Zudem sind darin bis Ende 2015 210 Stellenprozente für die Alterssiedlung im Tal beinhaltet, die per 1.1.2016 in die Sihlsana AG ausgegliedert wurde. Für die Jahre 2012-14 wurden zudem die Praktikant/innen im Bereich der Jugendarbeit mitgezählt (50-70 %).

<u>Entwicklung des Ressorts mit Einfluss auf den Stellenetat</u>

- 2000/2001: Eröffnung einer 4. und 5. Gruppe im Kinderhaus Werd, bewilligt wurden 2.9 Stellen.

- 2005/2007 bewilligte Stellenerhöhungen von insgesamt 160 % (Sozialberatung/Abteilung Soziale Aufgaben) aufgrund von massivem Fallanstieg sowie einer Zunahme von Buchungen in der Rechnungsführung Sozialhilfe von fast 100 %.

- 2008 wurde der Stellenetat des Kinderhauses Werd um 3 Stellen erweitert, da die Kinderkrippe personell unterdotiert und somit gemäss kantonalen Richtlinien nicht bewilligungsfähig gewesen wäre.

- 2009 kam es zu einer Reduktion des Stellenetats, die Funktion des Altersbeauftragen für Altersfragen wurde abgeschafft. Zudem musste im Kinderhaus Werd aufgrund des ausgetrockneten Arbeitsmarkts vorübergehend eine Gruppe schliessen, so dass es zu einer Reduktion der Stellen kam.

- 2010 konnte die 5. Gruppe im Kinderhaus wieder eröffnet werden, zudem wurde das Vormundschaftswesen um 30 Stellenprozente aufgestockt aufgrund der zunehmenden Fallbelastung.

- 2012 wurde die Anstellung einer Beauftragten für Altersfragen bewilligt (90 % plus 10 % Führung der Alterssiedlung im Tal). Zudem war aufgrund der bevorstehenden Ablösung des Vormundschaftswesens durch die neu geschaffene Kindes- und

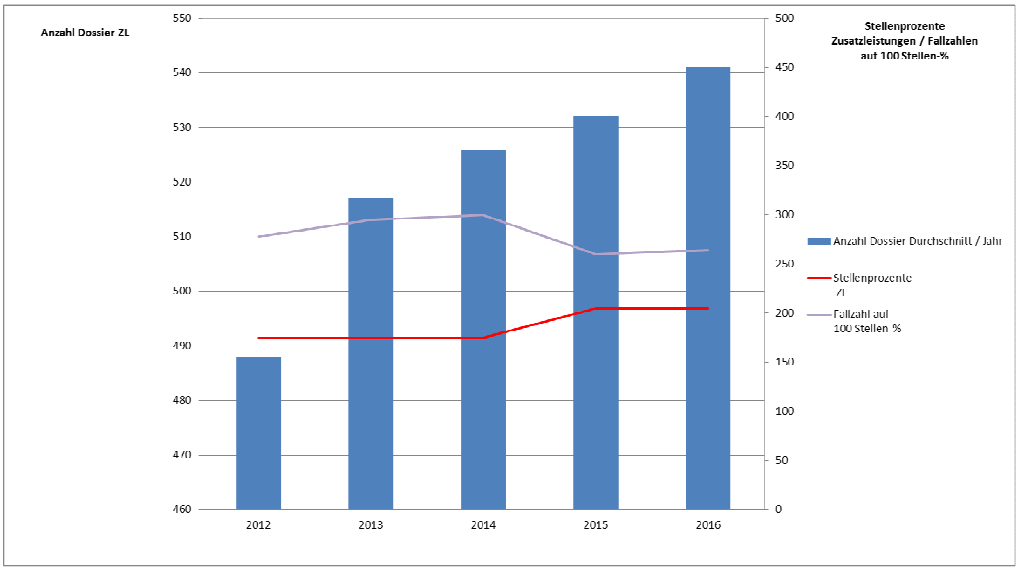
Erwachsenenschutzbehörde per 1.1.2013 zur Bewältigung der dazu notwendigen Vorbereitungsarbeiten eine befristete Aufstockung notwendig.

- Per 1.1.2016 entfielen die Stellenprozente für die Alterssiedlung im Tal. Zudem wurde die Praktikumsstelle nicht mehr im Stellenetat der Jugendarbeit aufgeführt. Aufgrund der nicht vollständigen Auslastung des Kinderhauses, des dadurch geringeren Ertrags sowie aufgrund des Wegfalls anderer Einnahmen wurden ab Herbst 2016 frei werdende Stellen im Umfang von 120 Stellenprozenten nicht mehr ersetzt.

- Insgesamt zeigt sich, dass die Veränderungen des Stellenetats im Ressort Soziales in der Vergangenheit einerseits stark mit Veränderungen von Aufgabenbereichen zusammenhing: Schwankungen der Gruppengrösse im Kinderhaus Werd, Abschaffung und Neuschaffung der Stelle für Altersfragen, Weggang des Vormundschaftswesens sowie der Stellen für die Alterssiedlung im Tal.

Davon abgesehen blieben die vorhandenen Stellenprozente im Ressort Soziales in den letzten 10 Jahren mehr oder weniger gleich. Weggefallen sind in diesem Zeitraum die Abwicklung von Kleinkinderbetreuungsbeiträgen und die Führung des Sekretariats der SABA. Hinzu gekommen ist ein massiver Anstieg der Fallzahlen im Bereich der Zusatzleistungen zur AHV/IV(siehe Detailgrafik), dieser konnte abgesehen von einer Aufstockung von 30 Stellenprozenten im Jahr 2015 ohne weitere Ressourcen bewilligt werden. Das kantonale Sozialamt empfiehlt einen Stellenschlüssel von 100% auf 180 Fälle. Bei einer Umsetzung dieser Empfehlung wären 80-90 zusätzliche Stellenprozente zu schaffen, was dank langjähriger Erfahrung der Mitarbeitenden bis anhin noch nicht notwendig ist. Daneben wurden neu Aufgaben übernommen, die vor Abschaffung des Vormundschaftswesens in der dortigen Abteilung erledigt wurden: Alimentenbevorschussung wie auch Krippenaufsicht und –bewilligung. Hinzu kamen die Pflegefinanzierung im stationären Bereich, Aufgaben im Bereich der Integration sowie die Übernahme des Sekretariats der Stiftung Adliswiler Jugend.

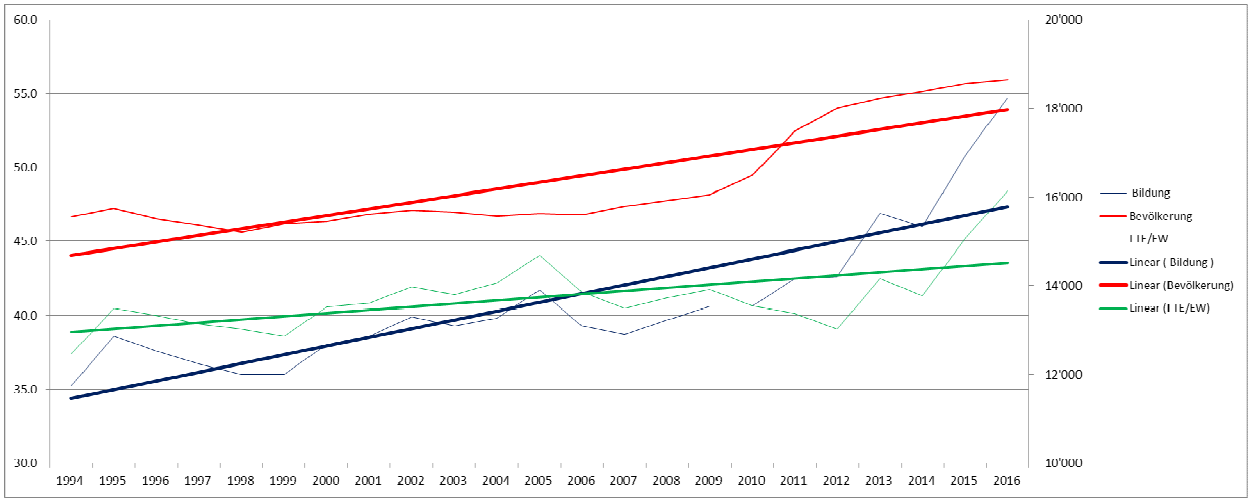
Zusatzleistungen



Die Fallzahlen für die Zusatzleistungen zur AHV/IV steigen von Jahr zu Jahr.

Der Mehranstieg konnte abgesehen von einer Aufstockung von 30 Stellenprozenten im Jahr 2015 ohne weitere Ressourcen bewältigt werden.

Ressort Bildung



Im Ressort Bildung verläuft die Personalbestandsentwicklung überproportional zur Bevölkerungsentwicklung. Die Zunahmen sind auf die Themenschwerpunkte Schulergänzende Angebote, Hauswartungen und Schulsekretariat zurückzuführen.

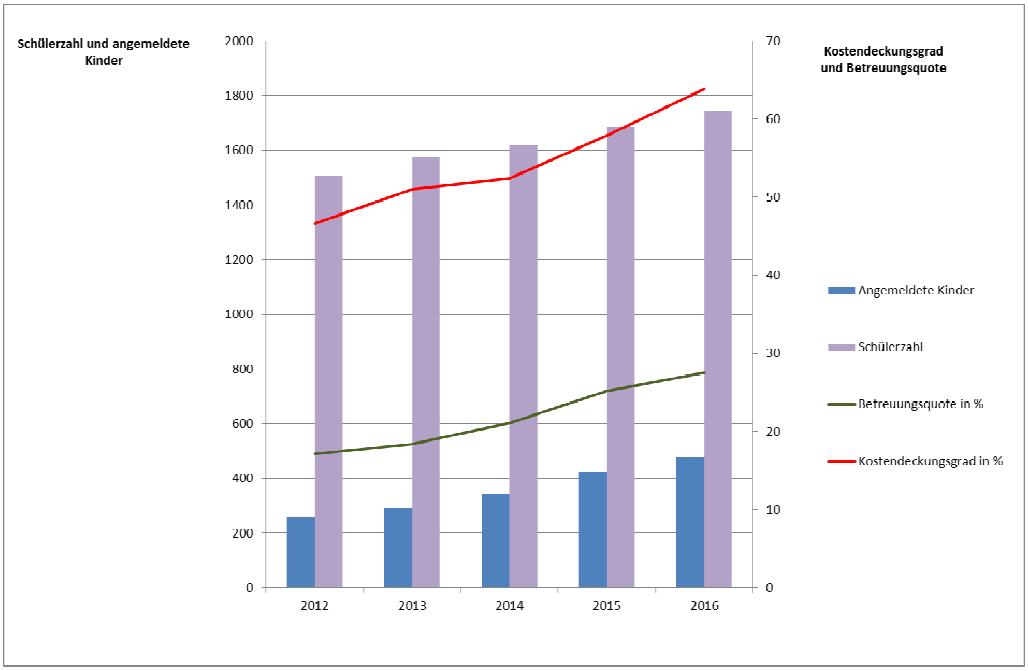
- Der erhöhte Betreuungsbedarf und die gesetzliche Vorgabe, ein bedarfsgerechtes Angebot zur Verfügung zu stellen, hat bei den Schulergänzenden Angeboten seit 2010 zu mehr als einer Verdoppelung der benötigten personellen Ressourcen geführt (2010: 7.8 FTE / 2016: 17 FTE). Der Kostendeckungsgrad konnte dennoch erhöht werden (siehe Detailgrafik).

- Diverse An- und Neubauten seit 2010, wie der Neubau Schulhaus Kopfholz, die Provisorien Dietlimoos 1 und 2, der Hort Werd, der Kindergarten Zopf sowie die Wiedereröffnung des Kindergartens Sihlau, führen zu mehr Reinigungsflächen- und bedarf, welche seit 2010 mit total 3,5 FTE mehr Hauswartungen abgedeckt werden.

- Durch die steigenden Schülerzahlen, dem damit verbundenen erhöhten Personalbedarf an kantonalen und kommunalen Mitarbeitenden, dem gesellschaftlichen Wandel (vermehrte Teilpensen und häufigere Pensenmutationen) und durch die Übertragung von kantonalen Aufgaben an die Schulverwaltung wurde mehr Personal notwendig. Der vermehrte Betreuungsbedarf (starke Zunahme der Nachfrage) und die damit verbundenen administrativen Aufgaben führen ebenfalls zu Mehraufwand. Der Personalbestand im Schulsekretariat wurde insgesamt um 1.3 FTE erhöht.

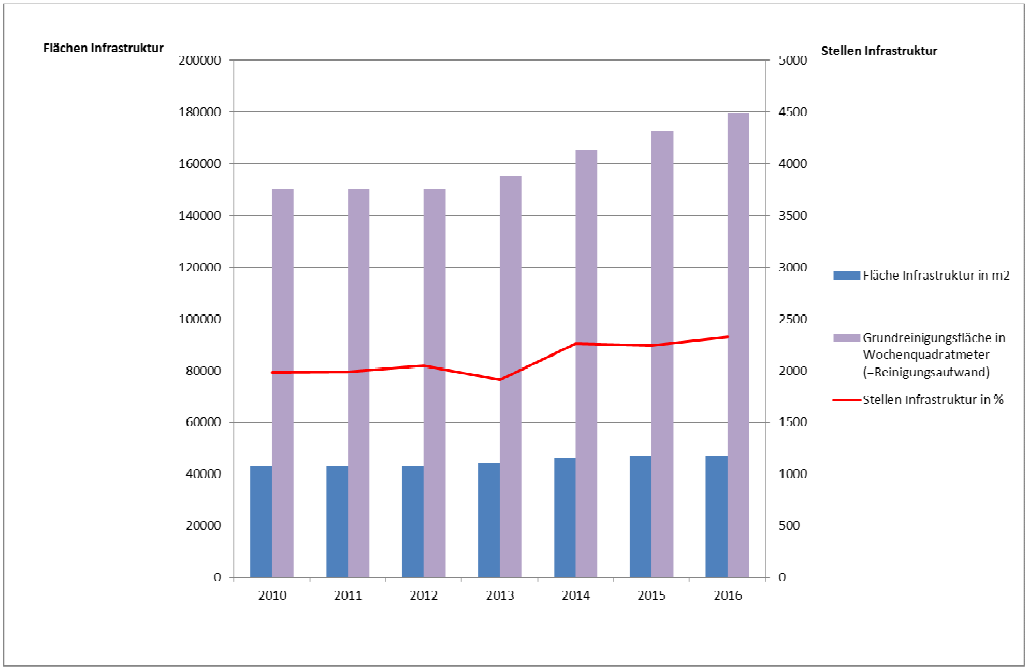
Die folgenden Detailgrafiken zeigen die Situationen in den Bereichen Betreuung, Hauswartungen und Schulsekretariat. Ebenfalls in einer Detailgrafik dargestellt ist die Entwicklung rund um die Musikschule.

Betreuung



Die ausserschulische Betreuung der Adliswiler Schüler/innen während der Schulzeit wird im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben durch ein bedarfsgerechtes und wirtschaftliches Angebot sichergestellt. Die Reduktion des Grenzbetrages der Subventionen von CHF 110'000 auf CHF 94'999 (satzbestimmendes Einkommen) auf Beginn des Schuljahres 2016/2017 führt zu einem höheren Kostendeckungsgrad von 65 %.

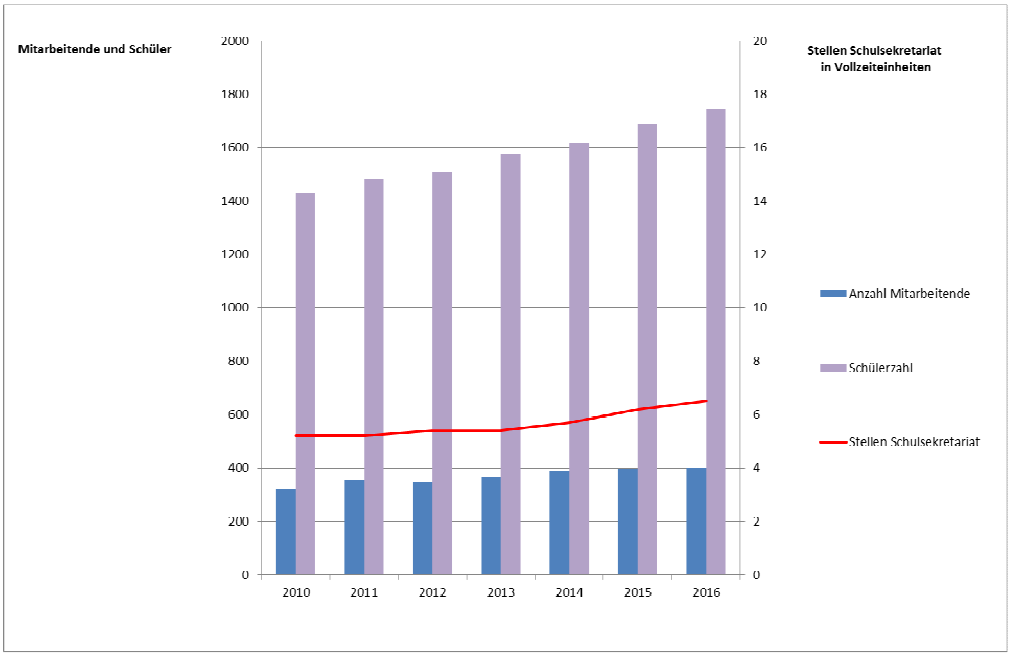
Hauswartungen



Die Grundreinigungsfläche ist seit dem Jahr 2010 um fast 20% und die Fläche der Infrastruktur um ca. 10% angestiegen.

Das Stellenetat der Hauswartungen wurde seit 2010 um 3.5 Stellen erhöht.

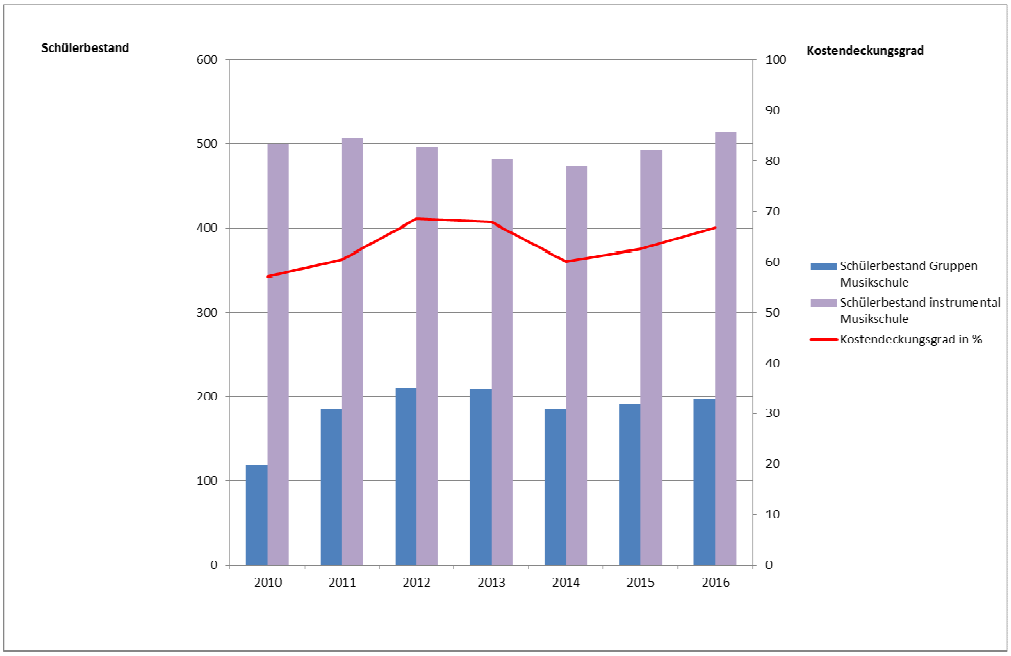
Schulsekretariat



Die Schülerzahl ist seit dem Jahr 2010 von 1431 auf 1742 (21.7%) angestiegen. Parallel dazu entwickelte sich auch die Anz. Mitarbeitende (inkl. Lehrpersonen) von 320 auf heute 400.

Das Stellenetat im Schulsekretariat wurde um 1.3 Stellen erhöht.

Musikschule



Der nach oben zeigende Trend des Kostendeckungsgrads im Bereich der Musikschule zeigt, dass der Anstieg des Schülerbestands im Instrumentalunterricht ohne Mehrkosten für die Stadt bewältigt werden kann.

Fazit des Stadtrats

1. Forderung: Die städtische Rechnung soll ab 2019 um insgesamt CHF 2 Mio. entlastet werden.

Der Stadtrat vertritt die Meinung, dass an den heutigen Leistungen gegenüber den Einwohnerinnen und Einwohnern in Adliswil festgehalten werden soll. Dies in der Anzahl der einzelnen Leistungen sowie in der Art und Weise der Erbringung. Die Leistungen wurden vertieft auf mögliches Sparpotential untersucht. Die diversen Auswertungen und Erhebungen zeigen, dass bereits fortlaufend Einsparungen vorgenommen werden, dies einerseits mit Anpassungen in der Leistungserbringung und andererseits mit zurückhaltender Stellenentwicklung. In der vorliegenden Berichterstattung kann aussagekräftig dargestellt werden, dass

- die Leistungen laufend auf effiziente Erbringung untersucht werden und wo nötig, Massnahmen zur Effizienzsteigerung und Kostensenkung eingeleitet werden (siehe dazu Tabelle auf Seite 3).
- in den meisten Ressorts der Personalbestand verglichen mit der Bevölkerungsentwicklung tendenziell unterproportional verläuft. In den Ressorts, in denen die Personalentwicklung überproportional verläuft, wurde dies detailliert begründet.
- in allen Ressorts durch die steigende Bevölkerungszahl deutlich mehr Aufwand bewältigt werden muss.
- die regulatorischen und gesetzlichen Bestimmungen im Allgemeinen stark angestiegen und die Aufgaben dadurch deutlich anspruchsvoller geworden sind.

Aufgrund vorliegender Berichterstattung kommt der Stadtrat zum Schluss, dass bei gleichbleibender Leistungserbringung keine weiteren Einsparungen vorgenommen werden können und somit die städtische Rechnung ab 2019 nicht ohne weiteres um zusätzliche CHF 2 Mio. entlastet werden kann. Kosten können gesenkt werden, indem das Angebot der Stadtverwaltung gegenüber den Einwohnerinnen und Einwohnern reduziert wird (d.h. einzelne Produkte und/oder einzelne Leistungen gestrichen werden).

2. Forderung: Die Investitionsplanung soll ab 2019 dahingehend angepasst werden, dass die ordentlichen Abschreibungen (nach heutigem Rechnungslegungsstandard) um CHF 1 Mio. tiefer liegen.

Die Finanzplanung ist ein unverbindliches Führungs- und Steuerungsinstrument in der Kompetenz des Stadtrats. Sie dient ihm als Grundlage für die Gestaltung der Finanz-, Investitions- und Steuerfusspolitik. Prioritär wird bei der Erstellung der Investitionsrechnung darauf geachtet, dass alle wichtigen und benötigten Vorhaben der Stadt in Bezug auf deren rechtzeitige Fertigstellung (bspw. Schulhäuser, Strassensanierungen etc.) darin enthalten sind.

Das neue Rechnungsmodel HRM2 und damit die neue Abschreibungsmethode wird erstmals für das Budget und die Jahresrechnung 2019 angewandt. Mit dem neuen Rechnungsmodel HRM2 werden die Investitionsvorhaben neu linear (gemäss der Nutzungsdauer) und nicht mehr degressiv (wie im HRM1) abgeschrieben. Bereits in der Finanzplanung 2016 – 2020 wurde ab dem Jahr 2019 nach HRM2 geplant. Dies hat zur Folge, dass sich die ordentlichen

Abschreibungen von CHF 11,8 Mio. auf rund CHF 4,3 Mio. im Jahr 2019 reduzieren. Die von den Postulanten gestellte Forderung einer Reduktion der Abschreibungen um CHF 1 Mio. p.a. wird ab dem Jahr 2019 somit mehr als erfüllt. In Anbetracht der anstehenden Umstellungen auf HRM2 per Budgetierung 2019 sind keine Massnahmen mehr nach heute geltendem Rechnungslegungsstandard vorgesehen.

Der Stadtrat wird die Finanzplanung wie bis anhin seriös durchführen und, im Sinne der Postulanten, der finanziellen Tragbarkeit sowie der Verschuldung gebührend Aufmerksamkeit widmen.

Auf Antrag der Ressortvorsteher Präsidiales und Finanzen fasst der Stadtrat, gestützt auf Art. 82 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats, folgenden

Beschluss:

1 Zum Postulat der Gemeinderäte Daniela Morf, Markus Bürgi und Daniel Frei vom 16. März 2016 betreffend der Stabilisierung des Finanzhaushaltes der Stadt Adliswil wird im Sinne der Erwägungen Bericht erstattet.

2 Dem Grossen Gemeinderat wird folgender Antrag unterbreitet:

2.1 Das Postulat der Gemeinderäte Daniela Morf, Markus Bürgi und Daniel Frei vom 16. März 2016 betreffend der Stabilisierung des Finanzhaushaltes der Stadt Adliswil wird abgeschrieben.

3 Dieser Beschluss ist öffentlich.

4 Mitteilung an:

4.1 Grosser Gemeinderat
4.2 Stadtrat
4.3 Verwaltungsleitung
4.4 Ressortleiter Finanzen

Stadt Adliswil
Stadtrat

Harald Huber
Stadtpräsident

Andrea Bertolosi-Lehr
Stadtschreiberin